

## Für Deine ärztliche Versorgung und Deine Pflege

### Politik für eine menschenwürdige Versorgung und bezahlbares Wohnen

■ **Markus Haas kandidiert als Botnanger für die SPD bei der Kommunalwahl auf Listenplatz 26. Der Vater von drei Kindern will Stuttgart vor allem bei der Gesundheits-, Pflege- und Bildungspolitik voranbringen.**

Ich engagiere mich kommunalpolitisch, weil ich soziale Politik in Stuttgart voranbringen möchte. Nach einer Ausbildung zum Krankenpfleger und Pflegedienstleiter und anschließendem Studium der Betriebswirtschaftslehre war ich beruflich ein drei Bereichen tätig. Als Leiter des Pflegedienstes einer evangelischen Kirchengemeinde, über 10 Jahre in der Medizintechnikindustrie und seit 2011 im Bereich der Bildung, immer am Übergang zwischen Medizin, Pflege und Betriebswirtschaft.

Gerade aus meiner Erfahrung in diesen Bereichen sehe ich in Stuttgart Handlungsbedarf. Viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter sind auf der Suche nach Arztpraxen – besonders für Kinder und Jugendliche. Es ist gut, dass der Gemeinderat mit dem Gesundheitsamt bereits den Dialog gestartet hat, die ärztliche Versorgung zu verbessern. Durch kommunale Förderprogramme werden wir die Ausbildung und Ansiedlung von Arztpraxen weiter finanziell unterstützen. Hierzu konnte in den letzten Haushaltsberatungen nicht zuletzt Dank der SPD ein erstes Förderprogramm für kurzfristige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Krank oder pflegebedürftig zu sein, darf nicht zur Verarmung oder der Überlastung von Angehörigen führen. Die im Gesundheitsbereich beschäftigten Personen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute soziale Absicherung, damit der Beruf attraktiv ist und die Beschäftigten zuverlässig ihre Arbeit verrichten können. Hier kann die Stadt durch die Unterstützung gemeinnütziger Träger und des Klinikums einen großen Beitrag leisten. Auch für diejenigen, die zuhause

pflegen, gibt es viele Ansätze im SPD-Wahlprogramm. Das ist städtische Sozialpolitik, für die ich mich gerne einsetze.

Generell bin ich der Meinung: Gesundheitseinrichtungen sollen nicht zur Gewinnerzielung dienen, sondern in erster Linie ihren sozialen Zweck erfüllen. Ich unterstütze die laufende Spezialisierung der Einrichtungen. Dadurch werden sie besser und kostengünstiger.

Im Bildungsbereich heißt soziale soziale Politik für mich, dass alle Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten dieselben Bildungschancen haben sollen. Dies erreichen wir durch eine bessere Ausstattung der Schulen und durch Angebote für lebenslange Bildung.

Nur durch gut ausgestattete Volkshochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung kann jeder Mensch lebenslang lernen. Dies ist wichtig, um den Herausforderungen des Lebens begegnen zu können und dabei widerstandsfähig zu bleiben. Auch dem Fachkräftemangel und dem industriellen Wandel müssen wir mit Bildungsangeboten begegnen: Ausbildung, Umschulung, Weiterbildung sollen allen zugänglich sein. Bildung ist auch wichtig zur Integration in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Selbstverständlich ist eine soziale Stadt grundsätzlich bezahlbar für alle und ökologisch. Die SPD hat sich seit jeher für mehr sozialen Wohnungsbau eingesetzt und in den vergangenen Jahren einiges auf den Weg gebracht. Das gilt auch für innovative Konzepte im ÖPNV. Unterstütze diesen Weg und wähle am 9. Juni SPD, am besten mit drei Stimmen für Listenplatz 26.

Dein



Kandidat für die SPD in Botnang: Markus Haas auf Listenplatz 26 Bild: SPD

## Zentrale Anliegen

■ Gesundheitseinrichtungen sollen bezahlbar sein und ermöglichen, sich menschenwürdig und individuell behandeln zu lassen.

■ Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen unabhängig von ihrem Einkommen durch eine bessere Ausstattung an Schulen und lebenslangem Lernen dieselben Bildungschancen haben, auch im Erwachsenenalter.

■ Mit einer Stärkung der Stuttgarter Wohnungsbaugesellschaft (WSWG) und dem Ausbau des ÖPNV, beispielsweise der Gäubahn, möchten wir bezahlbares Wohnen und eine nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen.

**Herausgeber:** SPD-Ortsverein  
Stuttgart-Botnang  
**V.i.S.d.P.:** Dr. Felix Goldberg  
Hagelschieß 6  
70372 Stuttgart  
Telefon 0171 3158594

**Redaktion:** Markus Haas · Joachim Sofka  
Dirk Bulander · Felix Goldberg

**Satz:** Felix Goldberg

# Ein Maßnahmenpaket für bezahlbaren Wohnraum

## Das Bündnis Wohnen 2.0 startet



Auch Thema in Botnang: bezahlbarer Wohnraum

Bild: Wolfgang Urban

■ **Die Umfragen zeigen es: Bezahlbares Wohnen bleibt das Thema für die Menschen in Deutschland, nicht nur mit Blick auf die Kommunalpolitik. Tatsächlich sind es aber Kommunen, die hier die wichtigsten Weichen stellen können. Einiges konnte auch aufgrund der SPD-Gemeinderatsfraktion in Stuttgart nachgeholt werden. Auch für die kommende Legislaturperiode gibt es klare Pläne, um das Defizit von 30.000 Wohnungen in Stuttgart zu mindern.**

Die SPD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus hat sich intensiv dafür eingesetzt, die Quote der geförderten Wohnungen von bislang 30 % auf nunmehr 40 % zu erhöhen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Wohnungen in der Stadt zu fairen Preisen.

Dies kommt vor allem Menschen mit weniger gut bezahlten Jobs zugute. Nicht nur die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass diejenigen, die diese Stadt jeden Tag am Laufen halten, es auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Das ist schlecht für die Stadt. Sei es im Einzelhandel, in der Pflege oder in Einrichtungen zur Kinderbetreuung, bei der Polizei oder Feuerwehr oder bei der Müllabfuhr. „Darüber hinaus muss es unser Ziel sein, die derzeit 16.340 geförderten Wohnungen sowie die über 19.000 Wohnungen mit

städtischen Belegungsrechten bis 2030 auszubauen“, so der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Conzelmann.

Was die Wohnungsneubauziele der Landeshauptstadt Stuttgart angeht, soll die Verwaltung zudem endlich Zielwerte für die einzelnen Planungsabteilungen vorlegen, um ein Führungs- und Controllinginstrument zu haben. Mit diesen Anregungen ist aus Sicht der SPD-Fraktion das Bündnis für Wohnen 2.0 auf einem guten Weg.

Das Bündnis soll im Dialog nicht nur über mögliche Lösungen nachdenken, sondern bezahlbaren Wohnraum dezidiert in die Wege leiten. „Wir freuen uns, dass es hier zwischen Politik und Wirtschaft zu einer verbesserten Neuaufgabe des Bündnisses für Wohnen kommen wird“, sagt Conzelmann.

Indes hat die SPD weitere Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in ihrem Wahlprogramm beschrieben.

Weiterhin setzen sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine Aussetzung der Mieterhöhungen bei der SWSG ein: „Ein Mietenmoratorium fordern wir auch zukünftig! Seit Jahren drängen wir darauf, dass die Mieten individuell gedeckelt werden, sollten sie über 30 Prozent des Einkommens

verschlingen – damit Wohnen nicht zur Armutsfalle wird“, heißt es dazu im Programm „Wer, wenn nicht Stuttgart“.

Dass die Stadt dazu weitere Mittel in die Hand nehmen muss, ist bei der SPD unbestritten. Eine Kapitalerhöhung in Höhe von 200 Millionen Euro hat dafür gesorgt, dass die SWSG als zentraler Akteur für bezahlbaren Wohnraum in der Stadt auch bei hohen Zinsen und hohen Baukosten handlungsfähig bleibt. Neben der SWSG sollen auch weitere gemeinnützige Akteure von der Stadt bezuschusst werden: für mehr barrierefreie Wohnungen, Studierendenwohnungen oder Azubiwohnheime.

Ein weiteres Handlungsfeld ist laut Programm Grund und Boden: „Wir setzen uns auch weiter dafür ein, Spekulationen mit Boden wirksam zu verhindern: Mit einer aktiven Bodenankaufspolitik und einer sorgsam Auswahl derer, die von der Stadt Grund und Boden in Erbpacht bekommen“. Dieser soll gezielt denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die nicht auf Gewinnmaximierung aus sind, sondern insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen Wohnraum schaffen. Zudem muss die Stadt für verträgliche Grundstückskosten Boden bevorraten. „Wir setzen uns für ausreichend Mittel im Haushalt ein, dass die Stadt ihre Vorkaufsrechte immer wahrnehmen kann. Grundstücke, die baureif sind, aber nicht bebaut werden, müssen an die Stadt zurückgehen“, heißt es im Programm. So könne der Spekulation mit Grundstückspreisen Einhalt geboten werden.

Auch der Leerstand soll angegangen werden. Mit einem reformierten Leerstandsmelder sollen freie Wohnungen dem Mietmarkt zugeführt werden – flankiert mit Unterstützungsangeboten für Personen, die aus unterschiedlichsten Gründen eine Wohnung nicht vermieten wollen oder können.

„Es wird immer klarer, dass wir kreative Wege brauchen, um in der Stadt tatsächlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, meint Conzelmann. „Mit einer starken SPD werden wir das aber schaffen.“

# Verschiebung demokratischer Begriffe

## Wie die „Neue Rechte“ Extremismus zu Konservatismus umdeutet

■ Schon 2012 warnte der stellvertretende Landtagspräsident Dr. Alfred Geisel vor einem Erstarren antidemokratischer Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Rede von damals erscheint heute aktueller denn je.

Kurz nach dem Zusammenbruch von Nazi-Deutschland im Jahr 1945 wurde viel geredet und geschworen, dass ein faschistischer Staat wie es Hitler-Deutschland war und die darin begangenen Greuelthaten nie mehr stattfinden dürfen. Geschworen haben auch die Vorfahren derjenigen, die sich heute nicht mehr von der „Neuen Rechten“ klar abgrenzen wollen, die den neuen (DDR-)Sozialismus proklamiert und verteidigt haben und deren Nachfahren sich heute als Vernachlässigte und Benachteiligte darstellen wollen, die unsere heutige Staatsform schlecht machen und in Frage stellen.

Dr. Alfred Geisel, ehemaliger stellvertretender Landtagspräsident der SPD, hat bereits 2012 in einer Rede auf dem Birkenkopf vor diesen Entwicklungen gewarnt: „Man könnte glauben, dass angesichts dieser Verbrechen und ihrer verheerenden Folgen die Ideologie, die hinter diesen Untaten stand, hier in Deutschland ein für alle Mal ausgerottet sein würde. Leider aber hat sich ein solcher gutmeinender Glaube als verhängnisvolle Fehleinschätzung erwiesen. Lange, allzu lange haben viele von uns geglaubt, dass angesichts der (damals) rückläufigen Stimmzahlen für rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren die von diesen Parteien und ihren sonstigen Gruppierungen ausgehenden Gefahren eine zu vernachlässigende Bagatelle seien. Wie verhängnisvoll dieser Irrtum war und bleibt, zeigt sich bei näherem Hinsehen in mehrfacher Hinsicht.“

### Umdeutung demokratischer Begriffe

Dr. Geisel verwies auf einige Beispiele, wie zum Beispiel die Morde und Gewalttaten der NSU-Terroristen, die damaligen Aktivitäten der Nationaldemokratischen Partei Deutschland

(NPD; mittlerweile agiert sie unter dem Namen „Die Heimat“), der mittlerweile aufgelösten Deutschen Volksunion (DVU) und insbesondere auch der „Jungen Nationaldemokraten“, die trotz Stimmenrückgangs bei den vorgenannten Parteien ihrerseits einen enormen Zulauf hatten. Er warnte auch vor der schon damals gut erkennbaren „Neuen Rechten“. Hierzu sagte Dr. Geisel: „Ich meine die sogenannte „Neue Rechte“. Ihr Gefahrenpotential sehe ich vor allem darin, dass sie in intellektuell durchaus ansprechender Art und Weise im Wege der Unterschwelligkeit und durch raffinierte Umdeutung demokratischer Wertbegriffe den Versuch unternimmt, den Weg in die politische Mitte der Gesellschaft zu finden. Ihr Publikumsorgan, die ‚Junge Freiheit‘, ist mit nicht geringem Erfolg bestrebt, ihr rechtsextremes Gedankengut in eine neue Form des Rechtskonservatismus umzudeuten. Dieser subversiven Wertverschiebung sind in den zurückliegenden Jahren eine ganze Reihe konservativer Politiker zum Opfer gefallen.“

### Kultur der Achtsamkeit

Und weiter führte Dr. Geisel aus: „Was wir brauchen, ist eine „Kultur der Achtsamkeit“, die Bereitschaft, einer Ideologie tiefster Menschenverachtung keinen Raum zu geben. Dieser Appell richtet sich an uns alle: An die Eltern und Erziehungsberechtigten, dass sie ihre Kinder im Geiste der Nächstenliebe und der Toleranz erziehen; an die Schulen, dass sie den jungen Menschen das Rüstzeug für ein erfolversprechendes Leben und für ein gutes Miteinander in unserer freiheitlichen Demokratie vermitteln; an die Vereine und alle sonstigen gesellschaftlichen Organisationen, dass sie ihre Arbeit im Geiste gegenseitiger Achtung und der Rücksichtnahme auf den jeweils Anderen verrichten und schließlich an unsere Kirchen und ihre Gemeinden, dass sie in Wort und Tat und im Vertrauen auf die Botschaft unseres Glaubens einem gedeihlichen Leben miteinander und dem Frieden untereinander Raum und Wirksamkeit geben. Gott möge uns die Kraft, den



Mut und die Zivilcourage zu solchem Tun schenken.“

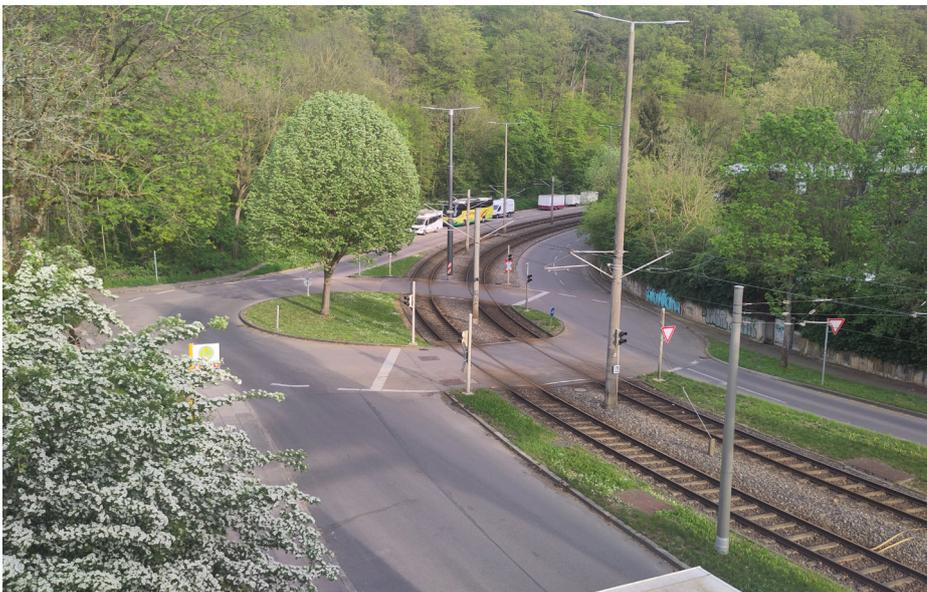
Viele dieser Befürchtungen haben sich bewahrheitet, möglicherweise gar drastischer als gehnt. Pläne zum gewaltsamen Umsturz, Fantasien von „Remigration“, Verbanlung mit Kriegsverbrechern, Pläne von terroristischen Anschlägen gegen Andersgläubige, Eingewanderte und standhafte Demokratinnen und Demokraten, selbst auf kommunaler Ebene. Die Gefahr ist real, die demokratisch freiheitliche Grundordnung, unsere Demokratie, muss aktiv verteidigt werden.

Da ist es nicht entschuldbar, aus Protest jene Akteure zu wählen – auch das dunkle Kapitel der 1930er-Jahre begann mit Protest und endete in einem nie dagewesenen Vernichtungskrieg. Es ist die Aufgabe aller demokratischen Bürgerinnen und Bürger sich vor unsere Demokratie zu stellen und – bei allem Verständnis für Unzufriedenheit – Parteien zu wählen, die sich hinter dem Grundgesetz versammeln.



# Lücken schließen

## Radwegeplanung in Botnang



Für einen durchgehenden Radweg in Richtung Feuerbach könnte zwischen den Haltestellen Beethoven- und Millöckerstraße der zweite Fahrstreifen wegfallen  
Bild: Julius Haas

■ **Radfahrerinnen und Radfahrer in Botnang haben es nicht leicht. Sofern man den Stadtbezirk nicht durch den Wald umfährt, ist die Radwegenbindung, wohlwollend ausgedrückt, lückenhaft.**

Der offizielle Radweg im Feuerbacher Tal ist mit Straßenrädern schwer zu befahren und eher für Mountainbikes oder andere Räder mit breiteren Reifen präpariert. Daher radeln viele dennoch auf der Straße, was wiederum für Frust bei den Autofahrerinnen und Autofahrern sorgt. Daher erfreut sich der parallele Weg am Waldheim entlang Beliebtheit bei Radfahrerinnen und Radfahrern. Dort treten dann aber Konflikte mit den Spaziergängerinnen und Spaziergängern auf. Das I-Tüpfelchen

ist schließlich, dass es auf Höhe des Tierheims keine sichere Querung auf den Radweg gibt.

An anderen Ausfallstrecken ist die Situation nicht viel besser. Im engen Oberen Kirchhaldenweg teilen sich PKW und Fahrräder die Straße. Gleiches gilt für die Vaihinger Landstraße, wo noch der Bus hinzukommt. Zudem sind beides Straßen mit gewisser Steigung und entsprechend langsamen Tempo, die Autofahrerinnen und Autofahrer nicht selten zu riskanten Überholmanövern verleiten. Einzig der Botnanger Sattel ist einigermaßen gut erschlossen, wengleich sich hier der Radverkehr in beiden Richtungen auf einer Spur begegnet mit wenig Sicherheitsabstand zum Fußgängerweg.

### Kein sicherer Weg in die Ortsmitte

Noch viel schlechter ist die Lage dann in Botnang selbst. Es gibt keinen vernünftigen Anschluss vom Botnanger Sattel durch den Ort in Richtung Feuerbach. In Richtung Ortskern muss man sich zwischen engem Gehweg und enger Straße entscheiden. Gerade mit Kindern, beispielsweise in Richtung Franz-Schubert-Schule, gibt es keinen sicheren Radweg nach Botnang Mitte.

„Wir setzen uns für einen durchgehenden, ununterbrochenen Radweg zwischen Feuerbacher Tal und Botnanger Sattel ein. Man sollte prüfen, ob sich bestimmte Nebenstraßen als Fahrradstraßen eignen“, meint SPD-Bezirksbeirat Dirk Bulander. „Um den Radverkehr attraktiver zu machen und Menschen zum Radfahren zu bewegen, halten wir es für vertretbar, wenn hierfür in einem vertretbaren Maße Parkplätze entfallen.“ Viele dieser Parkplätze würden ohnehin von Auswärtigen als Park-and-Ride-Parkplatz für die U-Bahn genutzt.

### Den Radverkehr nicht isoliert betrachten

„Beim Wegfall von Parkplätzen muss darauf geachtet werden, dass insbesondere für die Vereine, öffentlichen Einrichtungen und Schwimmbäder ausreichend Parkplätze oder alternative Anreisemöglichkeiten zur Verfügung stehen“, sagt Bulander. Dies trifft insbesondere rund um die Paul-Linke-Straße zu, wo mit ASV, MTV und Tierheim drei Einrichtungen nahe beieinander liegen und insbesondere an Spitzentagen im Sommer jetzt Parkplätze schon knapp sein können.

Die Abwägung zwischen Parkplätzen und Radwegen ist ein politischer Verhandlungsprozess. Der Botnanger Bezirksbeirat steht vor der schweren Aufgabe, hier einen Interessenausgleich hinzubekommen. „Wir gehen schon davon aus, dass mehr Personen auf das Rad steigen und deshalb manche Parkplätze tatsächlich obsolet werden. Wir sehen aber auch, dass insbesondere Auswärtige nicht kilometerweit mit dem Rad zum Freibad oder zum Fußballspiel fahren. Daher regen wir an, den Radverkehr nicht isoliert zu betrachten. Wenn Parkplätze wegfallen müssen, sollte das auch durch andere Maßnahmen kompensiert werden, beispielsweise eine Taktverdichtung des 91er-Busses, der Einrichtung von Car-Sharing-Stellplätzen oder die Verfügbarkeit von Leihrädern oder E-Scootern ab einer nahegelegenen U-Bahn-Haltestelle, beispielsweise an der Eltinger Straße“, schließt der SPD-Bezirksbeirat.



# Kein Sankt Florians-Prinzip

## Windkraftanlagen bei Botnang?

■ Die Bundesrepublik will bis 2045 klimaneutral werden, das Land bis 2040 und die Stadt sogar bis 2035. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung diese Ziele unterstützt – aber nur solange sie es selbst nicht in Handeln umsetzen müssen. In Botnang gibt es die Chance, dieses Sankt Florians-Prinzip beiseite zu legen. Die Chance sollte genutzt werden.

Konkret entzündet sich dies an der Frage, ob im Tauschwald in Sichtweite zu Botnang – rein theoretisch – ein bis zwei Windräder aufgestellt werden sollen. Hintergrund ist, dass die Landesregierung die Kommunen dazu verpflichtet, knapp zwei Prozent der Fläche für Windkraft zu reservieren. Kommen die Kommunen dieser Pflicht nicht nach, kann das Land Gebiete für Windräder eigenmächtig, also ohne Rücksprache mit den lokalen Gremien, ausweisen.

Die Landeshauptstadt prüft derzeit in Abstimmung mit den Bezirksbeiräten, welche Standorte auf den sehr begrenzten Flächen für Windkraft geeignet sind. Der Tauschwald zwischen Botnang, Feuerbach, Weilimdorf und der Solitude ist einer davon. Gemäß der Untersuchungen ist die Windhöflichkeit, also das Potenzial aus Wind Energie zu erzeugen, dort gut bewertet. Bereits vor einigen Jahren war dies dort diskutiert worden. Modernere Anlagen und höhere Energiekosten haben die Wirtschaftlichkeit der Windernte dort verbessert.

### In Wangen und Münster stehen Kraftwerke, in Plieningen ein Klärwerk

Die SPD in Botnang wirbt für Windkraft made im Tauschwald. „Wir werden weder in der Stadt, noch im Land oder deutschlandweit unsere Ausbauziele für erneuerbare Energien erreichen, wenn alle sagen, ich will schon Windkraft, aber halt kein Windrad sehen“, meint der stellvertretende Kreisvorsitzende der Stuttgarter SPD, Dr. Felix Goldberg, der während seiner Zeit im Bezirksbeirat mit dieser Frage befasst

war. „Wenn die Stadtverwaltung zu dem Ergebnis kommt, dass der Standort zu prüfen ist, dann vertraue ich diesem Urteil. Die Bürgerinnen und Bürger in Wangen und Münster leben mit ihren Kraftwerken, die in Plieningen mit ihrem Klärwerk. Auch Botnang kann Verantwortung übernehmen.“

SPD-Bezirksbeirat Dirk Bulander schlägt in dieselbe Kerbe: „Windkraft ist eine erneuerbare Energiequelle, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. In Stuttgart bietet sie sowohl für die Industrie als auch für die Bürger zahlreiche Vorteile. Sie ist kostengünstig und regional verfügbar. Es ist daher folgerichtig, jeden möglichen Ort für Windkraft zu untersuchen, der dafür geeignet ist.“

### „Der Tauschwald ist kein Urwald“

Entsprechend sei die SPD in Botnang vorbehaltlos dafür, die entsprechenden Gebiete auf Eignung für Windkraftanlagen prüfen zu lassen. „Im Interesse der Allgemeinheit, die dringend auf alternative Energiequellen angewiesen ist, lehnen wird es ab, wenn Einzelne aus

persönlichen Erwägungen zwar Windkraft wollen, aber gleichzeitig Gründe finden, das nicht in der Nähe ihres Wohnortes oder ihres Grundstücks zu akzeptieren. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt auch: wir bauen Windräder“, so Bulander. Der Tauschwald sei kein unberührter Urwald, sondern seit Jahrhunderten von Forst und Militär genutztes Kulturland.“

Ästhetik sei eben auch eine Geschmackssache, meint der stellvertretende Bezirksbeirat, Markus Haas. „Ich verbinde mit einem Windrad Positives. Auch das Rad auf dem Grünen Heiner ist zu einer positiv besetzten Landmarke in der Region geworden.“

Der Ausbau erneuerbarer Energien in städtischen Gebieten ist stets eine Herausforderung. In der Regel sind Städte auf den Import von Energie angewiesen. Um den ökologischen Fußabdruck Stuttgarts zu verringern und Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, muss die Importabhängigkeit auch auf lokaler Ebene verringert werden. Nebenbei werden auch die Stuttgarter Stadtwerke gestärkt, die erheblich zu bezahlbaren Energiepreisen in der Landeshauptstadt beitragen.



Die Stadt muss knapp zwei Prozent ihrer Fläche der Windkraft zur Verfügung stellen. Stehen hier einmal Windräder? Der Tauschwald ist Vorranggebiet. Bild: Wolfgang Urban

## Protest gegen Schließung

■ Im März wurde den Bezirksbeiräten in Botnang mitgeteilt, dass die Poststelle in der Griegstraße mitsamt angrenzendem Kiosk geschlossen werden soll. Dagegen regt sich Protest – auch wenn die Möglichkeiten der lokalen Politik hier begrenzt sind.

„Die Entscheidung wurde nicht begründet“ kritisiert SPD-Ortsvereinsvorsitzender Joachim Sofka. „Wir sehen die Verfügbarkeit der Post als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“. Es gehöre zur Grundversorgung, die örtliche Bevölkerung angemessen mit Einrichtungen der Infrastruktur und des Alltagsbedarfs zu versorgen. Dazu zählt selbstverständlich auch die Versorgung mit einer Post-Infrastruktur.

„Die häufig und nahezu täglich vor der Botnanger Postfiliale auflaufenden Kundenschlangen sprechen eine durchaus andere Sprache, als es die Post annimmt“, meint Sofka. „Der Bedarf für eine funktionsfähige Poststelle ist unübersehbar. Die Einrichtung einer anderweitigen Behelfspoststelle ist keine brauchbare Alternative. Deshalb greift die Botnanger SPD diesen Punkt politisch auf. Dies geschieht sowohl über unseren Bezirksbeirat Dirk Bulander als auch notfalls über eine stadtweite politische Initiative, damit die Post nicht noch ein weiteres Zeichen ihres Ausverkaufs und ihres Rückzugs aus einem sogar im Grundgesetz geschützten Bereich setzt.“

### Unterstütze die SPD mit einer Spende

Wahlkämpfe und Veranstaltungen vor Ort sind teuer. Die kommunalpolitische Arbeit in Botnang wird ausschließlich durch das Ehrenamt geleistet. Unterstützen Sie den SPD-Ortsverein Stuttgart-Botnang mit einer Spende an:

SPD-Ortsverein Stuttgart-Botnang  
Verwendungszweck: Spende  
IBAN: DE27 6005 0101 0001 0101 16

Der Kassier Dr. Rolf Föll wird eine Spendenbescheinigung ausstellen, die steuerlich geltend gemacht werden kann. Auch kleine Spenden helfen.

## Anschluss an Regionalverkehr? Perspektiven der Panoramabahn am Herderplatz



Ungefähr an der Stelle der Fußgängerbrücke über die Gleise oberhalb vom Herderplatz könnte ein neuer Haltepunkt entstehen, der die Anbindung an den Regionalverkehr herstellt. Bild: SPD

■ Mit dem Instandsetzen der Panoramastrecke nach der Fertigstellung von Stuttgart 21 könnte Botnang besser an den Regionalverkehr in Richtung Vaihingen, Stuttgart-Nord und Bad Cannstatt angebunden werden. Die SPD setzt sich daher für die Einrichtung neuer Haltepunkte, beispielsweise am Herderplatz, ein.

Dass die Deutsche Bahn im Zuge des Projekts Stuttgart 21 die sogenannte Panoramabahn, also die direkte Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen, aufgeben will, ging bereits durch die Presse. Die Bahn fühlt sich für die Zeit ab Inbetriebnahme von Stuttgart 21 nicht mehr zuständig für den Betrieb der Panoramabahnstrecke.

### Stärkung des ÖPNVs statt Luxusimmobilien

Der ursprüngliche Plan, die Strecke stillzulegen und die dadurch frei werdenden Grundstücksflächen für Immobiliengeschäfte zu nutzen, wurde glücklicherweise verworfen. Das ist ein positives Signal, denn die Stadt verzichtet so auf ein Geschäft in Millionenhöhe. Immerhin führt die Schneiße, die solchermaßen frei geworden wäre, durch sehr gefragte Wohngebiete in

den Halbhöhenlagen des Stuttgarter Westens.

### Neue Tangentialverbindung nach Nord und Bad Cannstatt?

Öffentliche Interventionen, auch der SPD in Botnang und der Gemeinderatsfraktion, haben dieses Umdenken eingeleitet. Die Gleisstrecke soll instandgesetzt und in eine sogenannte Tangentialverbindung eingebunden werden. Dadurch sollen unter Umgehung des Stuttgarter Hauptbahnhofs die Stationen Stuttgart-Vaihingen, Feuerbach, neuer Knoten Stuttgart-Nord und Bad Cannstatt miteinander vernetzt werden.

Und noch besser: Die Panoramabahn soll nach vorläufigen Entwürfen auch mit zusätzlichen Haltepunkten verbessert werden. Dabei spielt für Botnang auch eine große Rolle, dass eine bislang angedachte Haltemöglichkeit auch im Bereich Herderplatz als Anknüpfung für eine Verbindung mit Botnang Sinn ergibt. Hierdurch würde die Anbindung nach Stuttgart-Vaihingen und weiter Richtung Böblingen sowie nach Stuttgart-Nord erheblich verbessert. „Wir werden weiter für diese Idee werben“, sagt der Vorsitzende der SPD in Botnang, Joachim Sofka.

# Besser als ihr Ruf

## Meilensteine der Ampel-Regierung

■ **Dass es in der Ampel ab und an holpert, können selbst die wohlwollenden Betrachterinnen und Betrachter wohl kaum wegdiskutieren. Doch der Ruf der Ampel ist schlechter als ihre Arbeit. Die Ampel-Koalition hat eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen verabschiedet und initiiert, die Deutschland in verschiedenen Bereichen modernisieren und zukunftsfähig machen.**

Dies sind einige der wichtigsten Gesetze und Initiativen, die zuletzt umgesetzt wurden:

**Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Die Ampel-Koalition hat Maßnahmen ergriffen, um Windenergieprojekte schneller zu realisieren und die Nutzung erneuerbarer Energien voranzutreiben. Außerdem wurden Genehmigungsverfahren beim Straßen- und Schienenbau beschleunigt, um Infrastrukturprojekte zügiger umsetzen zu können.

**Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes:** Die Koalition hat eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit geschaffen, das Menschen aus Nicht-EU-Ländern erweiterte Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland bietet. Die Einwanderung basiert nun auf Qualifikation, Erfahrung und Potenzial.

**Stärkung der Aus- und Weiterbildung:** Durch Vereinfachung der Weiterbil-

dungsförderung und Einführung eines Qualifizierungsgeldes wird Beschäftigten die Möglichkeit gegeben, sich weiterzubilden und als Fachkräfte zu entwickeln.

**Einführung des Deutschlandtickets:** Seit dem 1. Mai 2023 ist das Deutschlandticket verfügbar, das eine deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat für 49 Euro im Monat bietet und so die Mobilitätswende unterstützt.

**Verbesserung der Kinderheilkunde und Geburtshilfe:** Mit zusätzlichen Investitionen soll die Versorgung in diesen Bereichen verbessert und der wirtschaftliche Druck in allen Krankenhausabteilungen gesenkt werden.

**Entlastung pflegender Angehöriger:** Durch Erhöhung des Pflegegeldes und der Pflegesachleistungen sowie die Einführung eines Entlastungsbudgets für pflegende Angehörige sollen diese besser unterstützt werden.

**Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung:** Durch Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, und die Investition der Einnahmen in die Beschäftigungsförderung wird die Inklusion am Arbeitsmarkt gefördert.

**Reform des Wahlrechts:** Die Koalition hat eine Reform durchgesetzt, die die Anzahl der Bundestagsabgeordneten



Die Ampel im Check

Bild: Pixabay

dauerhaft auf 630 festlegt, was die Arbeits- und Kontrollfähigkeit des Parlaments sichern soll.

**Das Notvertretungsrecht für Ehegatten:** Im Fall des Falles, einer schweren Krankheit oder eines Unfalls, können seit dem 1. Januar 2023 Ehepersonen wichtige medizinische Entscheidungen für einen nicht entscheidungsfähigen Partner oder Partnerin treffen, und Auskunft von Ärztinnen und Ärzten bekommen. Damit ist gegenseitige Vertretung deutlich erleichtert, und viel rechtssicherer als zuvor.

**Erleichterter Eintrag des Geschlechts:** Mit dem neuen Gesetz wird es leichter werden, seinen Geschlechtseintrag und Vornamen auf dem Amt ändern zu lassen. Es sieht vor, dass Menschen ab 1. November dieses Jahres die entsprechende Änderung per Erklärung beim Standesamt vornehmen können. Die bisherige Pflicht, eine ärztliche Bescheinigung und mehrere Gutachten dafür vorzulegen, soll wegfallen.

## Krieg, Krise, Inflation – Solidarität

Mehr Fortschritt wagen – mit diesem Ziel haben wir uns als Koalition im Dezember 2021 an die Arbeit gemacht, um das Leben der Menschen in Deutschland zu verbessern. Das neue Dreierbündnis aus SPD, Grüne und FDP muss sich mit Klimakrise, Krieg und hohen Energiepreisen großen Herausforderungen stellen.

Wir haben als Reaktion auf den Krieg einen Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet. Wir haben den Klimaschutz vorangetrie-

ben und den sozialen Zusammenhalt gestärkt. Als stärkste Fraktion haben wir dafür gesorgt, dass die Menschen nicht allein gelassen werden – und wir arbeiten weiter daran, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Wir wollen den Menschen Sicherheit geben, damit sie trotz aller Krisen mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Hierfür haben wir den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht, das neue Bürgergeld eingeführt und die größte Wohngeldreform beschlossen, die es je gab. Diesen Weg gehen wir weiter, denn es bleibt viel zu

tun, um dieses Land voranzubringen. Für ein solidarisches Land.

*Dr. Rolf Mützenich  
Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion*



Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag zur Ampel Bild: SPD-Bundestagsfraktion



# Die feinen Unterschiede

## Was die SPD-Gemeinderatsfraktion jüngst bewegt hat



Mit dem Kulturpass für 16-jährige im Wert von 100 Euro können Jugendliche teilhaben, auch wenn die Eltern sie finanziell nicht unterstützen können  
Bild: Pixabay

■ **Der französische Soziologe Pierre Bourdieu prägte zwar den Ausdruck der feinen Unterschiede im Hinblick auf Herkunft und Habitus, aber auch in der Stuttgarter Kommunalpolitik lassen sich feine Unterschiede in Inhalt und Stil erkennen. Blickt man nämlich auf die vergangenen Monate zurück, so lässt sich feststellen, dass die SPD-Gemeinderatsfraktion im Stuttgarter Rathaus zu Unterschieden beigetragen hat.**

Ohne die Hartnäckigkeit der SPD wären in den vergangenen Monaten einige Erfolge des Stuttgarter Gemeindeats wohl nicht in der Form beschlossen worden. Um die Situation von Menschen in Armut zu verbessern, wurde

auf Initiative der SPD eine Armutskonferenz durchgeführt. Ihr Ziel war die Erarbeitung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut.

### Kulturelle Teilhabe

Ebenfalls auf Druck der SPD hin, hat der Gemeinderat den 100-Euro-Kulturpass für 16-jährige eingeführt. Dieser fördert zugleich lokale Kultur wie die kulturelle Teilhabe junger Menschen.

Um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, machen sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SSB-Strategie für mehr Personal- und Azubiwohnungen stark.

Zur gesundheitlichen Versorgung von Familien hat sich die SPD-Fraktion erfolgreich für ein Förderprogramm zur Ansiedlung von Kinderärztinnen und -ärzten eingesetzt.

### Bodenpolitik und SWSG: Schritt zu bezahlbaren Mieten

Mit dem Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik wurde der Ausverkauf städtischer Grundstücke beendet. Auch hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass die Stadt 200 Millionen Euro in die SWSG investiert, damit diese neue Wohnungen bauen und den Bestand energetisch sanieren kann.

Die SPD im Stuttgarter Rathaus hat für einen Digitalisierungs-Booster Stellen und Finanzmittel beschlossen.

### Klimaneutralität bis 2035

In 24 Grundschulen bekommen Kinder ein Frühstück, so dass sie nicht mit leerem Magen lernen müssen.

Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass die Stadt das Ziel formuliert, bis 2035 klimaneutral zu werden. Solche und ähnliche Punkte sind es zuweilen, die den feinen, aber wichtigen Unterschied ausmachen.

# Ein starkes Friedens- und Wohlstandsprojekt

## Die EU darf nicht durch Rechtspopulisten ausgehöhlt werden



SPD-Kandidat für die Europawahl: Samet Mutlu  
Bild: SPD

Die Europäische Union schafft Frieden, Gemeinschaft und Wohlstand. Dieses Fundament muss gerade in Zeiten, in der ein Rechtsruck droht, gestärkt und ausgebaut werden. Ein stabiles und demokratisches Europa sorgt für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Der Rahmen hierfür ist eine starke Wirtschaft.

Für die Stärkung der Wirtschaft möchte die SPD die Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen durch Schaffung eines gemeinsamen

europäischen Kapitalmarkts verbessern. Die Transformation soll durch Investitionen in den klimagerechten Umbau unserer Industrie beschleunigt und so ein echter Standortvorteil werden.

Europa muss bei der Digitalisierung Schritt halten. Sie hilft beim Bürokratieabbau. Bei der künstlichen Intelligenz setzt sich die SPD für eine Regelung ein, die europäischen Werten folgt und Menschen sowie Unternehmen dient.